



23. Sonntag nach Trinitatis

Autor/in: Pfarrerin i.R. Monika Schnaitmann, Tübingen [G.Schnaitmann@gmail.com]

Römer 13, 1 - 7

Römer 13,1-7: Die homiletische Nische

Den 23. Sonntag nach Trinitatis gibt es nur, wenn Ostern vor dem 3. April liegt. Diese Einschränkung in der Verbindung mit dem 6 Jahres-Rhythmus macht diesen Predigttext zu einer homiletischen Nische. Jahrzehntlang war er deshalb nicht mehr dran. 2018 ist er eine Herausforderung! 1918 war in Deutschland zunächst die Zeit der gekrönten Häupter vorbei, aus Untertanen wurden Bürger und Bürgerinnen. Fortan durften auch Frauen wählen. Und das Spannungsfeld hundert Jahre später: Erdogan, Orban, Putin und all die anderen, die durch Wahlen an die Macht kamen und so tun, als erfüllten sie den Willen des Volkes. Wer anders denkt, wird verhaftet. Die Meinungsfreiheit ist ein verletzliches Gut. Und der Blick auf Syrien – Assad – von Gott eingesetzt? Unvorstellbar. Syrien ist eine der größten Elendsgeschichten des bisherigen 21. Jahrhunderts. Und es gibt einen weiteren Anlass zur Sorge: die Demokratie, die uns so selbstverständlich geworden ist, ist gefährdet durch Vereinfacher, Rufer nach Ordnung, Zerstörer unserer Kultur der Kommunikation, Anstandsverletzer. Wie passen da die Weisungen des Paulus, der von Gott eingesetzten Obrigkeit untertan zu sein?

Die Auslegungsgeschichte von Römer 13 ist kein Ruhmesblatt

Die Sätze aus Römer 13 haben in der Kirchen- und Geistesgeschichte der Christenheit eine nahezu verheerende Wirkung gehabt: Untertanengehorsam als erste Christenpflicht. Der Staat, seine Organe und Vertreter wurden religiös überhöht, Unterordnung und Gehorsam als Christenpflicht gefordert, die Todesstrafe gerechtfertigt, ein politisches Widerstandsrecht bestritten, eigene Unentschlossenheit geschönt. So hatte August Marahrens (1875–1950), Landesbischof der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers von 1925–1947, der als zaudernder und allzu kompromissbereiter Kirchenführer in der Nazizeit bekannt ist, in seinem Rechenschaftsbericht vor der Hannoverschen Synode am 15. April 1947 ausgeführt: „Fehler sind gemacht worden. Dass aber meine Grundhaltung gegenüber dem Dritten Reich falsch gewesen sei, könnte mir nur jemand nachweisen, der es fertig bekäme, die Lehre des Paulus von der Obrigkeit Römer 13 mit Gründen der Heiligen Schrift – Gründe der politischen Vernunft könnten mich hier nicht überzeugen! – zu widerlegen [. . .].“

Es gibt eine Schuldgeschichte, in die der Text geführt hat – bis zum heutigen Tag. An der Grenze zwischen den USA und Mexiko wurden Familien auseinandergerissen – selbst Kinder wurden von ihren Eltern getrennt. US-Justizminister Jeff Sessions hat das Vorgehen mit einem Bibelzitat gerechtfertigt. "Ich möchte auf den Apostel Paulus und seine klare und weise Anordnung im Brief an die Römer 13 verweisen, wonach die Gesetze der Regierung befolgt werden müssen, weil Gott die Regierung zu seinen Zwecken eingesetzt hat."

Paulus und seine Zeit

Professor Ernst Käsemann interpretiert, dass Paulus hier gegen die Haltung mancher Christen antritt, nach dem Motto: weil wir ja zu Gottes himmlischer Zukunft gehören, kann uns die weltliche Ordnung, die Politik gleichgültig sein. Römer 13 sei keine politische Staatslehre, sondern eine Anweisung für eine konkrete historische Situation. Auf die enthusiastische Gefahr reagiere Paulus mit einer konkreten Anweisung, sich den Amtsträgern, mit denen man jeweils zu tun habe, unterzuordnen.

Sein Brief richtet sich an die kleine, bedrängte, machtlose Minderheit der Christen. Deshalb ist sein eigentliches Motiv wohl die Aufforderung zu Klugheit und Realismus im Verhältnis und Verhalten zur staatlichen Macht, die für den Bürger Roms und Paulus eine durchaus geordnete Macht war. Paulus entfaltet keine allgemeine Lehre vom gerechten Staat, formuliert keine Staats-(Kirchen-)Rechts-Theorie.



Die Christen und Christinnen sollen sich in die bestehenden Verhältnisse einfügen, aber in diesen alten Bereichen den neuen Weg der Liebe gehen. Bereits im folgenden Vers 8 sagt Paulus: „Seid niemand etwas schuldig, außer, dass ihr euch untereinander liebt, denn wer den anderen liebt, der hat das Gesetz erfüllt.“ Und es gibt das klare Bekenntnis der Apostel vor dem Hohen Rat in Jerusalem, als man ihnen verbieten will, weiter von ihrem gekreuzigten und auferstandenen Herrn zu reden: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5.29). Es gibt also im Neuen Testament durchaus unterschiedliche Weisen, von Staat und staatlicher Macht zu reden.

„Jedermann sei der Obrigkeit untertan“ – was heißt das für uns heute?

Fatal ist, dass Paulus die Grenze der Gehorsamspflicht nicht zur Sprache bringt. Wo Paulus schweigt oder zu kurz sieht, sind wir in die Verantwortung genommen. Jedermann, also auch Christin und Christ, ist ein politisches Lebewesen, denn wir sind aufeinander angewiesen und brauchen für das Zusammenleben eine Ordnung. Wir werden in eine jeweilige soziale und politische Ordnung hineingeboren, finden uns in ihr vor und sind ihr insofern unterworfen, also „untertan“. Wir haben eine „Obrigkeit“, die keinen „Untertanengeist“ von uns fordert, sondern kritisches Mitdenken und Mitgestalten.

Der Politiker Wolfgang Thierse bringt das in seiner Predigt zu Römer 13 so auf den Punkt: Die Demokratie ist „ein Institutionen-Gefüge und ein Regelwerk zur Ausübung und zur Begrenzung von Macht. Von Macht zur Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens. Die Demokratie lebt und funktioniert nur, wenn sie von den Bürgern in Anspruch genommen wird. Wenn die Bürger sich also nicht obrigkeitlich-untertänig, nicht autoritätsgläubig zu ihr verhalten, sondern die Demokratie als ihre ureigene Sache betrachten, sich in ihr und für sie engagieren.“

Eine zeitgemäße Übersetzung des Satzes „Jedermann sei der Obrigkeit untertan!“ wäre demnach für uns: „Jedermann sei der Demokratie verpflichtet und verhalte sich dementsprechend!“ – „Demokratische Staatsbürgerlichkeit“ nennt Thierse das. Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte in einem Gespräch mit Peter Unfried (taz) am 5. Oktober 2018 in Tübingen sinngemäß: Politik entsteht zwischen den Menschen, nicht im Menschen. Deshalb müssen Menschen an Entscheidungen beteiligt sein und sie müssen sich einbringen in Kirchen, Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien. Gemeinsames Handeln, Diskutieren und zivilisiertes Streiten hält die Gesellschaft zusammen.

Wir sind dazu aufgerufen, das politische Geschehen in unserm Land – und darüber hinaus – kritisch zu begleiten – ihm nicht untertan sein, wohl aber zugetan. Das ist sicher oft mühsam und enttäuschend, aber allemal besser als zu jammern und sich jeglicher Verantwortung zu entziehen nach dem Motto: Die da oben tun sowieso, was sie wollen. Ein solches Verhalten erscheint mir als die heutige Form von Untertanengeist.

So sehr wir uns an die Regeln unserer rechtsstaatlichen Demokratie zu halten haben, sie dürfen nicht zu blindem Gehorsam und duckmäuserischem Untertanengeist führen. Es gibt so etwas wie ein „politisches Wächteramt der Kirche“. Christen dürfen und sollen den Finger in die Wunden legen, die politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen schlagen. Dazu zwei Beispiele:

Die Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu bzw. gegen deutsche Rüstungsexporte: einstimmig beschlossen, lässt sie es an deutlichen Worten nicht fehlen. Oder die von Mitgliedern der EKD-Synode organisierte Petition „Für eine christliche, menschenrechtliche und solidarische Flüchtlingspolitik in Europa!“ – Sie fordert: „Als Christinnen und Christen, als Bürgerinnen und Bürger, fordern wir die Regierungen in der EU auf, den Flüchtlingsschutz nicht weiter zu gefährden. Von unseren Kirchen in Europa erwarten wir die Verteidigung der Menschenwürde ohne politische Rücksichtnahme.“

„Gib Rat, sprich Recht, mach deinen Schatten am Mittag wie die Nacht; verbirg die Verjagten, und verrate die Flüchtigen nicht!“ (Jes 16,3). Rund 110 000 Menschen haben diese Petition bereits unterschrieben.



Christen und Christinnen legen die Maßstäbe der Gottesherrschaft an: Liebe, Gerechtigkeit, Frieden. Sie fragen, ob geltendes Recht und die Art seiner Anwendung den Standards der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Demokratie entsprechen. Das vereinigte Europa steckt in einer schweren politischen Krise und ist so bedroht wie noch nie. Es geht um die Frage, ob es zerfällt oder Bestand hat. Deshalb ist es wichtig, dass wir die europäische Urgeschichte wieder erzählen: Frieden! Und nie wieder Krieg! Die Jahreslosung 2019 erinnert daran: „Suche Frieden und jage ihm nach!“ (Ps 34,15). Amen.

Anregungen für diese Predigt sind entnommen aus: Gott dienen ist höchste Freiheit, IV 3. Im Auftrag der Kirchlichen Bruderschaften, herausgegeben von Walter Schlenker; Göttinger Predigtmeditationen zum 23. Sonntag nach Trinitatis 2018 von Michael Meyer-Blank; Wolfgang Thierse: Fastenpredigt zu Römer 13,1-7 im Berliner Dom, 2014; Winfried Kretschmann: Reden – was unsere Gesellschaft zusammenhält; Spiegel online – Beitrag über US-Justizminister Sessions; Ernst Käsemann: An die Römer, Tübingen 1980.